
FRAKTIONSBECHLUS VOM 09.06.2015

» DAMIT BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT GRÜNT UND SPRIESST!



Millionen von Menschen mischen mit. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt: Es reicht von der Feuerwehr bis zu Nachbarschaftshilfe, von Kultur über Sport zu Bildung und Religion. Es erstreckt sich vom Einsatz für Umwelt, für Natur- und Tierschutz oder für Demokratie, Menschenrechte, globale Gerechtigkeit und Inklusion bis hin zum Engagement, in der Selbsthilfe oder zum Spenden, z.B. von Fahrrädern für Flüchtlinge. Manchmal ist Engagement unbequem, stellt Fragen, stört Routinen, missachtet Hierarchien. Diese gewachsene vielfältige, bereichernde Kultur des Engagements ist der Kern einer lebendigen und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft. Und sie ist ein wichtiger Baustein unseres Sozialstaats. Engagement stärkt das Rückgrat unserer Demokratie.

Mitgefühl mit anderen, Lust und Freude an der übernommenen Tätigkeit, sich für Ideen einsetzen, Verantwortung übernehmen – jede und jeder ist dazu fähig. Engagement kann man leben – von klein an, egal ob reich oder arm, egal woher man kommt. Wir wollen die Engagierten wertschätzen und ihnen ihr Engagement erleichtern: Damit es weiter grünt und sprießt.

1. BEWEGUNGEN UND ENGAGEMENT – DAS SIND UNSERE GRÜNEN WURZELN

Ohne die Selbstorganisation von Bürger*innen in Bewegungen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, ohne lokales und globales Engagement gäbe es uns Grüne nicht. In der Vielfalt von Umwelt-, Frauen-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, den Eine-Welt-Initiativen, im Einsatz für gesunde Ernährung und gutes Leben liegen unsere Wurzeln. Mit diesen sind wir nach wie vor eng verbunden. Grüne (Reform)Politik, die auch an das Leben kommender Generationen denkt, lebt von den Anregungen und auch der Kritik dieser engagierten und bunten Bewegungen: unabhängig davon, ob sie überholte Strukturen aufbrechen, alternative Ansätze des Zusammenlebens ausprobieren oder sich für ein Verbot von Pestiziden einsetzen, die Bienen massenhaft töten.

Uns alle verbindet die gemeinsame Überzeugung: Was vor Ort getan werden kann, soll auch dort getan werden. Denn die Zivilgesellschaft ist den Menschen und ihren Problemen näher als der Staat. Für den Rahmen sorgt der "ermöglichende Sozialstaat", indem er Teilhabe für alle schafft und Chancengerechtigkeit zum Ziel hat. Der Sozialstaat ist zur Daseinsvorsorge verpflichtet. Er achtet aber auch die persönlichen Freiheiten jedes und jeder Einzelnen und arbeitet mit Bürgerinitiativen, Vereinen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen zusammen. Damit unterscheiden wir uns von einem von Teilen der Linken propagiertem Staatsverständnis, dass von „oben“ für alle gleiche Vorgaben macht ebenso wie von einem konservativen paternalistischen Sozialstaat.

2. VIELFALT UND ENGAGEMENT SORGEN FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

Seit der Enquete-Kommission des Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“¹ werden unter bürgerschaftlichem Engagement² alle Formen des Ehrenamts, des freiwilligen Engagements, der Selbsthilfe, Bürgerinitiativen und Bewegungen verstanden, soweit sie den folgenden Kriterien genügen: Es ist freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlbezogen, findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt. Hinzu kommen Merkmale wie die Übernahme von Verantwortung, der Einsatz für soziale/ökonomische und ökologische Gerechtigkeit, demokratische Strukturen sowie die individuellen Kompetenzen der Bürger*innen zur Selbstverantwortung, -stärkung und -organisation.

Bürgerschaftliches Engagement³ ist vielfältig: Menschen beteiligen sich

- in Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbänden,
- in Jugendverbänden oder Sportvereinen,
- in Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften,
- in Parteien und Kommunalparlamenten, in Bürgerinitiativen, bei Bürgerbeteiligungs- und Partizipationsprozessen,
- in Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, in der Eltern- oder Schülervertretung oder der selbstorganisierten Kinderbetreuung,
- durch Patenschaften, Kleidertausch-Kreisläufe, in Kulturinitiativen oder bei der Entwicklung neuer Konzepte wie Urban Gardening,
- in der gemeinsamen Problembewältigung und Vertretung von Interessen zum Beispiel bei Selbsthilfegruppen, der Patientenvertretung, von Flüchtlingen und Migrant*innen,
- mit Geldspenden für Projekte und Organisationen sowie Stiftungen.

Die Ziele sind vielseitig: vom Helfen bis zur politischen Meinungsbildung. Manches Engagement ist kurzfristig oder gelegentlich, anderes zeitintensiv und dauerhaft. Uns ist Engagement in jeglicher Form sehr wertvoll.

¹ Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages: Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, 2002

² Dieses Papier nutzt den eingeführten Begriff bürgerschaftliches Engagement. Wir verstehen unter Bürger*innen nicht nur deutsche Staatsangehörige sondern alle hier lebenden Mitbürger*innen.

³ Die Jugendfreiwilligendienste und der im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht eingeführte Bundesfreiwilligendienst werden in diesem Positionspapier nicht behandelt. Wir werden diese Sonderform (Zeitumfang, Taschengeld und Unterkunft, feste Einbindung in Strukturen) separat aufgreifen, wenn die vom BMFSFJ in Auftrag gegebene Evaluation durch das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vorliegt.

3. ENGAGEMENT IN WERT SETZEN

Bürgerschaftliche Engagement lebt und entwickelt sich ständig weiter. Die Digitalisierung und das Internet haben Möglichkeiten der Vernetzung, des Zugangs zu Informationen und der Beteiligung geschaffen, die noch vor zehn Jahren undenkbar waren. Bei dem Flughafen BER oder Stuttgart 21 hat sich gezeigt, dass Bürger*innen früher und ernsthafter an politischen Planungen beteiligt werden wollen. Außerdem verändert der demografische Wandel unsere Gesellschaft. Menschen aus vielen Kulturen leben und organisieren sich vor Ort, die erwerbstätige Generation ist mit Beruf und Familienarbeit stark eingespannt, einerseits engagieren sich viele Ältere, andererseits steigt die Zahl derjenigen, die auf Mitgefühl, Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wollen wir die Kriterien für gutes Engagement und gute Rahmenbedingungen weiterentwickeln.

3.1. Sich selbstbestimmt und freiwillig engagieren

Engagement organisiert sich selbstbestimmt und freiwillig. Dadurch entfaltet es auch ein kritisches Potential: es identifiziert Lücken im staatlichen und behördlichen Handeln und zeigt, was getan werden muss und wie es geht.

Engagement kann weder verordnet noch von allen erwartet werden. Klamme Kassen der Kommunen, ungenügende Reformen der staatlichen Daseinsvorsorge und unzureichende soziale Infrastruktur dürfen nicht dazu führen, dass sich unsere Gesellschaft in immer größerem Ausmaß auf engagierte Bürger*innen verlässt. Verpflichtende Dienste, sei es ein verpflichtendes Engagementjahr nach der Schule oder für die Generation 65+, lehnen wir ab.

Gerade bei den Älteren zeigt sich, dass die Bereitschaft, sich aus freien Stücken zu engagieren, stetig wächst.⁴ Jeder und jedem soll es möglich sein, sich zu engagieren – auch Menschen mit Behinderungen, sozial oder finanziell eingeschränkten Möglichkeiten.

Bürgerschaftliches Engagement darf keine regulären Arbeitsstellen ersetzen, sondern muss eine zusätzliche Tätigkeit mit eigenem Wert sein. Es kann kein Ersatz für qualifizierte Berufe, zum Beispiel in der Pflege, sein. Wo für die Daseinsvorsorge wenig Personal und wenig Geld vorhanden sind, steigt der Anreiz, Engagement in monetärer Form zu „belohnen“. Diese zunehmende Bezahlung wird derzeit unter dem Begriff „Monetarisierung“ kritisch diskutiert. Wenn Übungsleiter-/Ehrenamtspauschale und Minijob für unterschiedliche Tätigkeit beim selben Träger kombiniert werden, stellt sich die Frage der Abgrenzung zur Erwerbsarbeit. Die Bezahlung des Engagements widerspricht der Selbstbestimmung und Freiwilligkeit, da sie Abhängigkeiten schafft und die Motivation verändert.

Eine vielfältige Kultur der Anerkennung, Würdigung, Wertschätzung und Erleichterung des Engagements unterstreicht hingegen das Prinzip der Freiwilligkeit und Selbstbestimmung. Zu dieser Kultur gehören zum Beispiel Mitbestimmungsmöglichkeiten, Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherung, Qualifizierung und Weiterbildungsmöglichkeiten, Nachweise für Lebensläufe, aber auch Auszeichnungen wie Ehrenamtsnadeln und die Jugendleiter_in-Card (Juleica).

Kosten die durch das Engagement entstehen, sollen niemanden von einer Tätigkeit abhalten oder gar unmöglich machen. Engagement soll nicht am Geldbeutel scheitern. Daher haben

⁴ Laut Freiwilligensurvey hat die Altersgruppe 65 plus die größten Zuwachsraten beim Engagement.

Aufwandsentschädigungen und der Ersatz von persönlichen Auslagen für uns Priorität vor Steuervergünstigen.

Wir wollen:

Gemeinsam mit Ländern und Kommunen eine bundesweite Engagement-Karte einführen. Damit sagen wir den Engagierten „Danke“ und geben ihnen als Gesellschaft etwas zurück, indem sie zum Beispiel günstiger ins Theater, Schwimmbad oder Museum kommen.

- Dass mehr Bundesländer den Engagierten den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz zukommen lassen (Pflichtversicherung kraft Satzung) und prüfen, wie die freiwillige Versicherung für Aktive in gemeinnützigen Organisationen (rechtlich und finanziell) ausgeweitet werden kann.
- Die Liste der Zwecke der Gemeinnützigkeit im Steuerrecht (§ 52 Abgabenordnung) überprüfen und erweitern, um zum Beispiel die Förderung von Menschenrechten und Frieden explizit aufzunehmen.

Schrittweise die Ehrenamts- der Übungsleiterpauschale anzugleichen, da die historisch gewachsene Unterscheidung keinen sachlichen Grund hat.⁵

3.2. Eigene Fähigkeiten und Stärken entdecken und ausbauen – Empowerment

Engagement stärkt, bildet und qualifiziert – das gilt für alle Menschen, die sich engagieren. Wahrscheinlich macht es auch glücklicher, denn man hat eine Aufgabe, kann anderen helfen und erlebt Gemeinschaft und Dank. Engagement führt zu Ermutigung, Befähigung und Bestärkung, zum Beispiel für Menschen mit geringem Einkommen, mit Erkrankungen, aber durchaus auch für Gutsituierte. Engagement führt zu Empowerment, sich für gesellschaftliche Angelegenheiten stark zu machen und stärkt gleichzeitig die eigene Person.

Die (Weiter-)Qualifikation – entweder durch andere Freiwillige oder auch durch hauptamtlich Tätige – ist eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Entwicklung. Damit Stärkung und Befähigung gelingen, braucht es eine qualifizierte Begleitung. Besonders wichtig ist dies, wenn sich das Engagement an Menschen richtet und dabei Abhängigkeiten oder Machtgefälle bestehen, etwa in der Pflege oder beim Umgang mit Kindern. Engagement sollte nicht überfordern oder frustrieren – weder die Engagierten noch das Gegenüber. Beispielhaft ist für uns die Unterstützung der Freiwilligen und Ehrenamtlichen bei ihrem Engagement in der Sterbebegleitung im Rahmen der Hospizarbeit.

Wir wollen:

- Beratung, Begleitung und Fortbildung der Engagierten unterstützen und finanziell absichern und für bundesweite Zusammenschlüsse dafür mehr Geld im Haushalt vorsehen.

⁵ Entschließungsantrag 17/12191 Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts (Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz – GemEntBG)

3.3. Allen Engagement ermöglichen – von klein an

So wie sich unser aller Leben immer wieder ändert, Haken schlägt oder im ruhigen Fahrwasser läuft, so ändern sich auch der Wunsch und die Möglichkeit, unsere Zeit, unser Geld, unsere Fähigkeiten und Stärken in die Gesellschaft einzubringen. Aber eine Regel gilt grundsätzlich: Wer sich früh engagiert, ist meist auch später im Leben aktiv. Was sie als Klassensprecherin oder im Jugendverband gelernt und erfahren haben, bringen die meisten, auch im Rentenalter, noch gerne und engagiert ein.

Der grünen Bundestagsfraktion ist es besonders wichtig, Kindern und Jugendlichen die Chance zu geben, ihr Umfeld mitzugestalten, aktiv zu werden und zu erfahren, dass das eigene Handeln wirkt und Spaß macht. Demokratie und Engagement müssen gelebt um gelernt und gelernt um gelebt zu werden. Kindertagesstätten und Schulen können Orte sein, wo unabhängig von Herkunft, Beeinträchtigung und ökonomischen Möglichkeiten der Eltern erfahren wird, dass Helfen nützlich und befriedigend ist und Aufgaben gemeinsam bewältigt werden können. Dabei können eigene Fähigkeiten entdeckt werden, für die in der Schule keine Note vorgesehen sind.

Das Engagement ist regional sehr unterschiedlich⁶ und ist historisch gewachsen. In den östlichen Bundesländern sind alle Einkommensgruppen relativ gleichmäßig vertreten und es herrschen informelle Formen vor. In den westlichen Bundesländern dominieren dagegen feste Organisationen und Engagement ist ein Mittelschichtenphänomen. Wenn wir Engagement fördern, sollten wir dabei immer auch aktiv auf benachteiligte Gruppen zugehen und ihnen Angebote machen. Das höhere Engagement von Erwerbstätigen und Arbeitslosen in den östlichen Bundesländern zeigt, dass sie die Chancen gerne nutzen, die ihnen freiwilliges Engagement bietet.

Frauen und Männer engagieren sich leider nach wie vor mehrheitlich entlang traditioneller Geschlechterrollen. Das wirkt sich auf Bereiche, Funktionen und den zeitlichem Umfang aus. Männer tendieren häufiger zu Sport und Bewegung, Frauen zu Tätigkeiten im Zusammenhang der unbezahlten individuellen Familien- und Hausarbeit, vor allem im Kindergarten und in der Schule⁷. Damit Frauen und Männer gleichermaßen Zugang und Zeit für Engagement haben, müssen Familie, Beruf, Bildung und Engagement besser vereinbar sein. Es ist der grünen Bundestagsfraktion ein großes Anliegen, zeitpolitische und geschlechtergerechte Lösungen zu finden. Dazu gehört eine Kultur, die Engagement von Frauen und Männern gleich wert schätzt: Ein Schulfest zu organisieren, ist für unsere Gesellschaft ebenso wichtig wie der ehrenamtliche Vorstandsposten in einem Verein oder die Betreuung eines Amnesty-Standes am Samstagmittag in der Fußgängerzone.

Wir wollen:

- Kinder- und Jugendbeteiligung an allen Orten des Aufwachsens entwickeln und sicherstellen. Dafür fördern wir Programme, die gezielt sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ansprechen und sie zur Mitwirkung motivieren.
- politische Bildung stärken und in Bildung außerhalb von Schule und Lehrplänen investieren, indem Strukturen und Arbeitsfelder der freien Träger der Jugendhilfe auf Bundesebene gesichert und weiterentwickelt werden⁸

⁶ Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland, Thomas Olk, Thomas Gensicke, 2014

⁷ Freiwilligensurvey 2009

⁸ „Von Anfang an beteiligen – Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche im demografischen Wandel stärken“, Antrag 18/3151

- allen – unabhängig von sozialer Lage, Beeinträchtigung, kulturellem Hintergrund – die Möglichkeit verschaffen, Leitungsfunktionen zu übernehmen. Wir setzen uns für eine konsequente Frauenförderung für Leitungsfunktionen in bürgerschaftlichen Organisationen ein.
- Barrieren aller Art, die Menschen mit Behinderung ein Engagement erschweren, abbauen. Notwendige individuelle Unterstützung wollen wir als Teilhabeleistung ermöglichen.
- die interkulturelle Öffnung von Verbänden und Vereinen erleichtern, indem wir Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung schaffen.

3.4. Zeit und Gelegenheiten für Engagement schaffen

Engagement braucht den Willen, das Interesse, die Zeit und die Gelegenheit. Es muss daher mit anderen Bereichen des Lebens – wie Familie, Schule, Ausbildung, Studium⁹ und Beruf vereinbar sein. Wir wollen den Menschen mehr Mitsprachemöglichkeit über ihre Arbeitszeit geben. Sie sollen mitentscheiden können, wann und wo sie wie viel arbeiten.

Unternehmen, öffentliche Verwaltung, Schulen und Hochschulen sollten vielfältiges Engagement fördern und ermöglichen. Dazu gehören u.a.: Regelungen zu Freistellungen (Sonderurlaubsgesetze), Lehr- und Studienpläne mit Zeit für Engagement; Angebote von Schulen und Hochschulen wie "Lernen durch Engagement" oder „Civic Education“.¹⁰

Schulen können sich zum Stadtteil öffnen und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten. Sie können Orte werden, die Freiräume kreativ nutzen, indem sie Angebote von Gruppen, Vereinen und Jugendorganisationen ins (Ganztags)Schulleben integrieren. Das macht Engagement sichtbar und erlebbar und ermöglicht Teilhabe ohne „Nachmittagstransportservice“ der Eltern.

Wir wollen:

- Zeitpolitische Lösungen erarbeiten, die es den Menschen ermöglichen, ihre Zeiten für Familie, Arbeit, Freunde und Engagement in Einklang zu bringen und souveräner zu gestalten.
- Den vielen Menschen die sich gern (mehr) engagieren möchten¹¹, helfen, die für sie passenden Aktivitäten zu finden. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten lokale Anlaufstellen wie Freiwilligenagenturen, -zentren und -börsen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Mehrgenerationenhäuser sowie Ansprechpersonen in großen Organisationen. Hier finden Vermittlung und auf persönliche Bedürfnisse zugeschnittene Beratung statt.
- Die von Verbänden oder Freiwilligenagenturen angebotenen Qualifizierungen und Weiterbildungen wollen wir unterstützen. Für Bundesverbände wollen wir im Bundeshaushalt dafür mehr Geld zur Verfügung stellen.
- Dafür werben, Engagement und die dort erworbenen vielfältigen Kompetenzen in (Personal)Auswahlverfahren zu berücksichtigen.

⁹ „Bologna 2015 stärken – Den europäischen Hochschulraum konsequent verwirklichen“, Antrag 18/4815

¹⁰ „Von Anfang an beteiligen – Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche im demografischen Wandel stärken“, Antrag 18/3151

¹¹ Freiwilligensurvey 2009

- Schulen zu offenen Orten mit kreativen Freiräumen für alle Kinder machen.

3.5. Engagement verlässlich fördern und die Vernetzung stärken

Das Ziel jeder Förderung ist für uns eine verlässliche, auf Dauer angelegte Infrastruktur. Insbesondere vor Ort, wo Bürger*innen leben, sich engagieren und (politisch) einmischen. Dies kann nur dann gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen hierbei zusammenarbeiten. Viele gesetzliche Regelungen, die das bürgerschaftliche Engagement betreffen, fallen in die Gesetzgebungskompetenz der Länder.¹²

Wir wollen:

- Kommunen in die Lage versetzen Quartierskonzepte, Bürgerzentren oder lokale Anlaufstellen wie Freiwilligenagenturen, finanziell zu stemmen.
- Vom Bund aus ein deutliches Signal dafür setzen, dass uns Engagement wichtig ist: durch Imagekampagnen, Unterstützung bundesweiter Zusammenschlüsse und Netzwerke, die Verlängerung der Laufzeit von Modellprojekten auf 5–6 Jahre und eine stärkere Anschubfinanzierung erprobter Modelle.
- Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den Ländern und Kommunen Ziele, Instrumente, Qualitätskriterien sowie Standards der Evaluation und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement entwickeln.

3.6. Transparent handeln und bürokratische Hürden abbauen

Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind zentrale Qualitäten des bürgerschaftlichen Engagements. Unser Ziel ist weitest gehende Transparenz über Herkunft von Spenden, Fördermitteln und mögliche Abhängigkeiten (zum Beispiel Selbsthilfegruppen von Pharmaunternehmen). Es muss einfach nachprüfbar sein, wer von wem Gelder erhält. So besteht die Chance, lobbyistischer Vereinnahmung und nicht gewollter Beeinflussung zu entgehen.

Mehr Transparenz ist auch von Nöten bei den Förderkriterien, der Vergabe von Fördergeldern durch staatliche und nichtstaatliche Stellen sowie für die Veröffentlichung von Finanz- und Jahresberichten großer Nonprofit-Organisationen (Vereine, Verbände, Stiftungen).

Bürgerschaftlich Aktive wollen sich engagieren und nicht durch unnötige Bürokratie und Verwaltungsaufwand daran gehindert werden. Ob Steuern, GEMA-Gebühren, Brandschutz und Hygienevorschriften – Engagierte sind von vielen gesetzlichen Regelungen betroffen, obwohl Ausnahmen bzw. Erleichterungen in einigen Fällen sinnvoll wären. Ehrenamtliche und ihre Vereine sind keine Unternehmer, in EU-Verordnungen werden ihre Tätigkeiten jedoch mit Hauptamt oder wirtschaftlicher Betätigung gleichgestellt.

¹² Der Bund ist in der Regel für die dauerhafte Finanzierung bundesweiter Zusammenschlüsse und Organisationen zuständig, die der Vernetzung, Weiterbildung und Interessensvertretung dienen.

Wir wollen:

- Mehr Transparenz über die Herkunft von Spenden, Fördermitteln und mögliche Abhängigkeiten u.a. durch das Veröffentlichen von Finanz- und Jahresberichten großer Nonprofit-Organisationen (Vereine, Verbände, Stiftungen)
- Das Finanzministerium verpflichten, ein öffentlich zugängliches Register zu erstellen, das systematisch Auskunft über alle direkt und indirekt aus Bundesmitteln geförderten Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements gibt und Finanztöpfe sowie Träger, Einrichtungen und Projekte (inkl. Finanzvolumen, Ziele und geplante Wirkungen) aufführt.
- Prüfen, wie in der EU Unternehmensbegriff von einem Vereinsstatut abgegrenzt werden kann (zum Beispiel Einführen eines europäischen „Non-Profit-Statut“) und ob nationale Ausnahmen möglich sind, die den regionalen Besonderheiten gerecht werden.

3.7. Partizipation im Engagement – Nur wer mitbestimmt, kann auch mitgestalten

Freiwilliges Engagement und demokratische Beteiligung bei der Gestaltung von Aktivitäten und innerhalb der Organisationen gehören zusammen. Das reicht von der Mitbestimmung der Kinder beim Programm für das Ferienlager, über die Wahl von Sprecher*innen oder Vorständen bis hin zur Wahl der Versichertenvertretung in der Krankenversicherung.

Durch innerverbandliche Partizipation werden die Erfahrungen und das Wissen der Mitglieder besser genutzt und anerkannt. Das fördert die Qualität der freiwilligen Arbeit. Gewählte Vertreter*innen sind besser legitimiert und können mit größerem Selbstbewusstsein für ihre Organisation sprechen. Engagement wird durch Partizipation selbst zum Teil der politischen Bildungsarbeit, politischer Willensbildung und des politischen Einmischens.

4. LEBENDIGE DEMOKRATIE BRAUCHT PARTIZIPATION UND BÜRGERBETEILIGUNG¹³

Bürger*innen wollen für ihre demokratische Beteiligung Formen, die über die repräsentative Demokratie und die Einflussnahme über Parteien hinausgehen. Die Beispiele reichen von Stuttgart 21 bis zum Engagement für eine "Willkommenskultur für Flüchtlinge". Die Zivilgesellschaft möchte Orts- und Fachkenntnisse wirksam einbringen und nicht nur formal beteiligt werden.

Entscheidungsträger*innen, Planer*innen, Interessierte und Betroffene müssen sich auf Augenhöhe begegnen. Frühzeitiges Mitwirken, hilft die Qualität von Planungen zu verbessern und Konflikte zu vermeiden. Das schafft Akzeptanz von Verwaltungshandeln und erhöht die Identifikation mit dem Gemeinwesen. Und natürlich gilt auch hier: Alle, nicht nur die Sprachgewaltigen, die Bildungs- und Einkommensstarken beteiligen.

Eine Reihe von Gesetzen muss überarbeitet werden, um Bürgerbeteiligung leichter zu machen. Dies gilt beispielsweise für die Interessenvertretung in den Sozialversicherungen (Selbstverwaltung, Patientenvertretung¹⁴), die Beteiligung von Betroffenen und Interessierten sowie von

¹³ Dieses Papier nutzt den eingeführten Begriff Bürgerbeteiligung. Für uns umfasst er alle hier lebenden Mitbürger*innen.

¹⁴ „Rechte von Patientinnen und Patienten durchsetzen“, Antrag 17/6348 hier Forderung 1 c)

mweltverbänden an Planungsprozessen¹⁵ oder die Stärkung der Beteiligung in Schule¹⁶, Ausbildung und Studium.

Zugang für alle: Informationsbeschaffung, politische Teilhabe und die Möglichkeit, selbst zu medialen Akteuren im politischen Bereich zu werden, sind deutlich leichter geworden. Online-Diskussionen, – Abstimmungen, –Petitionen oder –Kampagnen bieten neue Möglichkeiten politischer Einflussnahme. Wir gehen selbst mit gutem Beispiel voran, zum Beispiel mit Online-Beteiligung bei Fraktionspositionen und fordern solche Angebote auch für den Bundestag.¹⁷

Wir wollen, dass mit ePartizipation von Kommunen und Kreisen ebenso wie von Verbänden und Organisationen Transparenz hergestellt und tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen genommen werden kann. Dennoch muss Information und Beteiligung auch für Menschen möglich sein, die digitale Techniken nicht nutzen können oder wollen. Durch Zeitungsanzeigen, Auslegung, Briefwahl oder Beteiligungswerkstätten.

Wir wollen:

- transparente und effiziente Entscheidungsprozesse, bei denen von Beginn an Klarheit über die Reichweite und Möglichkeiten besteht, sodass unrealistische Erwartungen nicht zu Enttäuschungen und Frustration führen.¹⁸
- barrierefreie Beteiligungsprozesse, d.h. Informationen in verschiedenen Sprachen und leichter Sprache gehören heute zur Bürgerbeteiligung dazu. Falls gebraucht auch Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher bei Veranstaltungen.
- Transparenz-, Informationsfreiheits- und Open Data-Gesetze verbessern und den heutigen Lebensrealitäten anpassen.¹⁹
- Wir wollen die Europäische Bürgerinitiative zu einem wirksamen Instrument ausbauen, das europäische Fragen auch den Bürger*innen der EU zur Diskussion und Abstimmung vorlegt.
- Eine Reform der sozialen Selbstverwaltung und der Sozialwahlen.²⁰
- Online-Zugang für alle überall. Grundvoraussetzung für diese Form der Teilhabe ist schnelles Internet. Wir wollen die insbesondere im ländlichen Raum bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung so schnell wie möglich schließen²¹ und auch dort Online-Engagement und ePartizipation möglich machen.

¹⁵ Vgl. „Mehr Bürgerbeteiligung für bessere Planung“, Fraktionsbeschluss vom 27.02.2013

¹⁶ siehe Antrag 18/3151 Von Anfang an beteiligen – Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche im demografischen Wandel stärken

¹⁷ Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen nutzt seit der letzten Wahlperiode als erste und einzige Fraktion ein open-source-basierendes Online-Beteiligungswerkzeug (Betatext). Interessierte können an Positionen der Fraktion direkt mitwirken. Auch das vorliegende Positionspapier wurde mit diesem Instrument erarbeitet. Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des 17. Deutschen Bundestages haben wir zu einem Versuchslabor für das Parlament der Zukunft gemacht. Derzeit setzen wir uns dafür ein, dass auch der 18. Deutsche Bundestag auf diese wichtige Vorarbeit zurückgreift und der interessierten Öffentlichkeit ähnliche Instrumente zur Verfügung stellt.

¹⁸ „Mehr Bürgerbeteiligung für bessere Planung“, Fraktionsbeschluss vom 27.02.2013

¹⁹ „Transparenzoffensive: Wir wollen es wissen – raus aus den Hinterzimmern“, Fraktionsbeschluss vom 19.2.2013

²⁰ „Reform der sozialen Selbstverwaltung und der Sozialwahlen“, Kleine Anfrage 18/3025

²¹ siehe Forderung 7 in Antrag 18/4689 „Heute für morgen investieren – Damit unsere Zukunft nachhaltig und gerechter wird“